

Über den Gemeinspruch:
Der Staat
soll sich in die Sprache
nicht einmischen!

„Caesar non est supra grammaticos“

Helmut Berschin

In der Diskussion über einen Zusatz im Grundgesetz, der Deutsch als Sprache der Bundesrepublik festlegt, wird oft argumentiert, ein solcher Sprachartikel sei überflüssig, weil Deutsch ja schon die Sprache in Deutschland sei, und im Übrigen solle sich der Staat nicht in die Sprache einmischen. Aber was heißt hier „Sprache“? Der Begriff hat drei Dimensionen: erstens das abstrakte Zeichensystem, zweitens die konkrete Verwendung dieses Systems und drittens seine sozial-kommunikative Rolle. In jede dieser Dimensionen kann der Staat eingreifen.

Eingriffe in das Sprachsystem

Das Sprachsystem besteht aus drei Teilen: Grammatik, Lexikon und der lautlichen beziehungsweise schriftlichen Ausdrucksebene.

Grammatik

Das Gerüst des Sprachsystems, gewissermaßen die Anatomie, bildet die Grammatik. Sie ist relativ stabil – die Grammatik Goethes unterscheidet sich nur in Details von der des heutigen Deutsch – und ein Ordnungsgefüge, welches die Kombination und Funktion der Wörter regelt. Ein Satz wie „Über allen Gipfeln ist Ruh“ zählt fünf Wörter, die theoretisch $5 \times 4 \times 3 \times 2 = 120$ Kombinationen ergeben; nur zwei, nämlich der Vers Goethes und die Formulierung „Ruh ist über allen Gipfeln“, sind als Aussagesatz grammatisch korrekt. Es ist klar, dass bei einem so komplexen System Eingriffe von außen scheitern müssen: *Caesar non est supra*

grammaticos – „Der Herrscher steht nicht über den Grammatikern“, moderner übersetzt: „Der Staat kann der Grammatik nichts befehlen“, lautet ein alter, richtiger Grundsatz. Versucht hat es der Staat dennoch, konkret: in den 1980er-Jahren, als im Zuge der neuen Frauenbewegung das grammatische Genus bei Personenbezeichnungen als „frauenfeindlich“ entdeckt wurde, weil mit dem Maskulin, genauer: dem sogenannten „generischen Maskulin“, auch Frauen bezeichnet werden, zum Beispiel in Artikel 2 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf freie Entfaltung *seiner* Persönlichkeit“. Der Staat hat mit einer Unzahl von Vorschriften und Leitfäden zur „geschlechtergerechten Sprache“ das generische Maskulin auszumerzen versucht – vergebens: Der normale Sprachgebrauch verwendet es uneingeschränkt weiter, sprachgymnastische Doppelformulierungen wie *der/die Teilnehmer/in* werden nur in der schriftlichen Amtssprache verwendet. Im „Ernstfall“ greifen allerdings auch politisch korrekte Menschen auf das generische Maskulin zurück: So beklagte ein im August 2011 veröffentlichter „Brandbrief Berliner Lehrer“ (nicht LehrerInnen) die „geringe Lernbereitschaft, Respektlosigkeit und Gewalt“ der Schüler und forderte die „Einstellung von Schulpsychologen und weiteren Sozialarbeitern“ (beide überwiegend weibliche Berufe).

Lexikon

Im Unterschied zum geschlossenen, vollständig erlernbaren Regelsystem der

Grammatik ist das Lexikon ein offener Bereich mit einer nicht begrenzten Anzahl von Einheiten und hoher Veränderungsrate – weshalb kein Sprecher alle Wörter einer Sprache kennt. Neue Dinge erfordern neue Bezeichnungen, die entweder aus eigenen sprachlichen Mitteln gebildet werden oder durch Übernahme aus anderen Sprachen. Strukturell gesehen, verfügt das Deutsche über eine ausgeprägte (nur dem Altgriechischen vergleichbare) Wortbildungsfähigkeit: Ein Neuwort wie *Schuldentragfähigkeit*, das in der Euro-Schuldenkrise bekannt wurde, drückt den finanzpolitischen Sachverhalt sprachlich anschaulich aus und ist sicher verständlicher als finanztechnische Anglizismen wie *No-Bail-out-Grundsatz*, *Haircut* oder *CDS-Prämien*. Die vielfach beklagte „Anglizismenflut“ ist also kein Problem der deutschen Sprache, sondern der deutschen Sprachbenutzer, die sich nicht die Mühe machen, englische Begriffe zu verdeutschen, oder von vornherein anglierte Bezeichnungen in Umlauf bringen: *Call & Surf Comfort*, *Free Call International Advanced*, *Combi-Card Teens* sind einige einschlägige Telekom-Kreationen, und die Technische Universität München gründete zur Ausbildung deutscher Lehrer für deutsche Kinder eine *School of Education*. Der Staat kann diese Angloblaste nicht verhindern – wer glaubt, mit dem Schild *Sale* mehr Umsatz zu machen als mit *Schlussverkauf*, wird auf sprachliche Appelle nicht hören –, aber er könnte als Sprachbenutzer in seiner Öffentlichkeitsarbeit ein Deutsch pflegen, das diesem Trend nicht folgt.

Phoniel/Grafie

Sprache wird durch Laut- oder Schriftzeichen ausgedrückt. Die deutsche Standardaussprache entwickelte sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Vorher gab es dafür wegen der geringen Mobilität der Bevölkerung keinen Bedarf – außer für eine Berufsgruppe:

die Schauspieler, für die Goethe 1803 „Regeln“ aufstellte, in denen er die „reine [=dialektfreie] und vollständige [=schriftnahe] Aussprache jedes einzelnen Worts“ forderte. Diese „Bühnenaussprache“ wurde zum Modell der richtigen Aussprache, ein Modell, das – mit einigen Abstrichen – als „Hochlautung“ ab den 1920er-Jahren durch die neuen Medien Rundfunk und Tonfilm verbreitet wurde und bis in die 1960er-Jahre vorherrschte. Heute bewegt sich die Aussprache des Hochdeutschen zwischen den Polen „präzise“ und „reduzierte“ Artikulation; den Unterschied kann man laufend im *Deutschlandradio* hören: In den Verkehrsmeldungen gibt es neben *Heid-el-be-r-g* auch *Heidlbüg*, im Wetterbericht wird der Norden zum *Nodn* (mit langem offenen *o*), die Wirtschaftsnachrichten sprechen von der *Wietschaft*, der *Böse* (mit langem offenen *ö*) und den *Mäkten*; Korrespondenten berichten aus *Ieland*, *Säbien*, *Nowegn* oder *Potugal*, und der Name der Bundeskanzlerin lautet auch *Mäkl*. Eine artikulatorisch präzise Aussprache pflegen nur noch die *Deutsche Welle* (ein Sender für ausländische Hörer) und die Werbung, weil es hier auf Deutlichkeit und Hörbarkeit der Botschaft ankommt.

Die „richtige“ Aussprache kann der Staat nicht vorschreiben, wohl aber die richtige Schreibung. Für eine „Rechtschreibung“ im Sinne eines fixierten Verschriftungssystems gibt es erst im neunzehnten Jahrhundert, im Zuge der allgemeinen Schulpflicht, eine Notwendigkeit. Vorher war die Schreibung elastisch: Der Gebildete musste nicht „richtig“ schreiben, das überließ man Sekretären und Druckern. Die verschiedenen Schulorthografien wurden 1901 auf der Berliner „Orthographischen Konferenz“ der deutschsprachigen Länder vereinheitlicht. 1996 hat man diese Duden-Rechtschreibung zu reformieren versucht, mit dem Erfolg, dass die Einheitlichkeit ver-

loren ging: Ein Teil der Deutschsprachigen schreibt weiter nach der alten Norm, ein anderer hat die neue Norm (häufigstes Merkmal ist der Ersatz des „ß“ in bestimmten Kontexten durch „ss“) nicht richtig verstanden, und diejenigen, die sie verstanden haben, sind oft nicht mehr auf dem neuesten Reformstand, weil viele der falsch gewordenen Altschreibungen inzwischen wieder als Variante zugelassen sind. Unter den vielen Reformen in der Geschichte der Bundesrepublik war die Rechtschreibreform sicher nicht die einzig überflüssige, aber wohl die dümmste und hat deshalb zur verbreiteten Meinung geführt, der Staat solle sich in die Sprache nicht einmischen.

Politische Sprachverwendung

Politik gilt kommunikativ als „Herrschaft durch Sprache“ und die politische Auseinandersetzung als „Kampf um Wörter“. Gemeint ist damit die konkrete Verwendung der Sprache, nicht das Sprachsystem: Die „Sprache des Dritten Reiches“ oder die „Sprache der DDR“ sind also strukturell keine eigenen Sprachen, sondern bestehen in einer bestimmten, vor allem lexikalischen Verwendung der deutschen Sprache.

Die Macht der Sprache in der Politik beruht auf der Wirkung bestimmter Schlüsselbegriffe und Argumente, die zusammen eine typische Diskurswelt ergeben, die durch Wiederholung verbreitet wird. Kann die politische Sprache die Gedanken lenken? Linguisten sind hier skeptischer als Politiker; denn sprachliche Neuerungen werden rasch konventionalisiert („man denkt sich nichts mehr dabei“) und können zudem eine nicht planbare Entwicklung entfalten. Zwei Beispiele: Wer den Briefschluss *Mit sozialistischen Grüßen!* erfand, wollte ein Bekenntnis zum Sozialismus ausdrücken; die millionenfache Wiederholung dieser Formel im amtlichen Briefverkehr der DDR hat aber deren Untergang nicht messbar aufgehalten.

Mit dem Wort *Reform* konnte man vor vierzig Jahren Wahlen gewinnen. Heute wird dieses damalige Verheißungswort – an dem Politiker aller Parteien aus Routine immer noch festhalten – konkret als Bedrohung aufgefasst, den Bürger zur Kasse zu bitten.

Sprachpolitik

Die klassische Staatslehre definiert den Staat durch drei Merkmale: Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt. Der Staat ist aber auch eine Kommunikationsgemeinschaft, und diese funktioniert über Sprache. Im Weltmaßstab sind die meisten Staaten mehrsprachig, das Staatsvolk besteht aus mehreren Sprachgruppen. Welche öffentliche Funktion welche Sprache im Staat hat, wird deshalb politisch geregelt (meist in der Verfassung).

Die Bundesrepublik Deutschland war – ebenso wie die DDR – bei ihrer Gründung 1949 ein sprachlich homogener Staat. Das Staatsvolk sprach Deutsch, ein Sprachartikel in der Verfassung war deshalb unnötig. Heute hat – migrationsbedingt – jeder fünfte Einwohner und fast jeder sechste Staatsbürger Deutschlands eine andere Muttersprache als Deutsch. Dies schließt eine volle Kompetenz im Deutschen nicht aus, aber bei den meisten Migranten ergibt sich ein Defizit. Deutschland hat also ein Sprachenproblem, nämlich die mangelnde Sprachintegration eines Teiles seiner Bevölkerung und Staatsbürger. Ein neuer Grundgesetzartikel „Die Sprache der Bundesrepublik ist Deutsch“ würde deshalb keine Selbstverständlichkeit beinhalten, sondern eine Staatsaufgabe, nämlich die sprachliche Einheit zu sichern.

Die kommunikative Rolle einer Sprache wird nicht nur im nationalen Rahmen bestimmt, sondern auch international. Hier hat das Deutsche im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts massiv an Geltung verloren. Einmal durch den Aufstieg des Englischen zur einzigen Weltsprache:

Waren vor hundert Jahren noch drei Sprachen international führend – Deutsch für die Wissenschaft, Englisch für die Wirtschaft, Französisch für Kultur und Diplomatie –, beherrscht heute Englisch alle Domänen, es ist konkurrenzlos die globale Sprache. Die zweite Ursache für den Geltungsverlust der deutschen Sprache liegt aber im mangelnden Sprachbewusstsein der deutschen Eliten, die auf die Benutzung des Deutschen im internationalen und neuerdings sogar im nationalen Bereich verzichten.

Die Europäische Union ist ein Staatenverbund, in dem alle Amtssprachen der Mitgliedsländer auch Amtssprache der Union sind: Jeder EU-Bürger kann sich in seiner Sprache an die Organe der EU wenden und hat das Recht, in dieser Sprache Antwort zu bekommen. Dieses Sprachenregime ist zwar teuer – die EU hat einen weit größeren Dolmetsch- und Übersetzungsapparat als die UNO –, aber es bewahrt den Sprachenfrieden. Für ihre interne Arbeit hat die EU drei „Arbeitsprachen“: Deutsch, Englisch und Französisch. Faktisch sind es aber nur zwei: Englisch und – mit Abstand – Französisch, weil Deutschland, obwohl das einwohner- und beitragsstärkste Mitgliedsland, darauf verzichtet, Deutsch als Arbeitssprache zu positionieren. So wurden die EU-Beitrittsverhandlungen mit den früheren Ostblockstaaten nur auf Englisch und Französisch geführt, obwohl Deutsch damals in diesen Ländern und bei deren Eliten die führende Fremdsprache war. Dazu passt, dass deutsche EU-Kommissare grundsätzlich Englisch sprechen.

Dem Selbstverzicht auf das Deutsche nach außen entspricht eine Tendenz, auch in Deutschland Englisch zu bevorzugen. Allerorten entstehen englischsprachige Kindergärten, die Hochschulen richten englischsprachige Studiengänge ein, und die Deutsche Forschungsgemeinschaft verlangt für ihre „Exzellenzinitiative“ die

Antragstellung auf Englisch (auch bei einem Forschungsprojekt über Goethe) und vertreibt so die deutsche Sprache aus der Wissenschaft. Eigentlich müsste also die Politik von den Migranten nicht fordern, Deutsch zu lernen, sondern Englisch, weil Englisch die „bessere Sprache“ ist.

Staat und Sprache

Der Staat ist als Kommunikationsgemeinschaft an Sprache(n) gebunden, eine Trennung von Staat und Sprache nicht machbar. Die Frage ist also nicht, *ob* der Staat sich in die Sprache einmischen soll, sondern *wie*.

Der deutsche Staat gibt für seine Landessprache viel Geld aus: im inländischen Schulwesen, für die germanistische Forschung und für die Verbreitung im Ausland durch die Goethe-Institute und die *Deutsche Welle*. Weiter garantiert er einen üppig gebührenfinanzierten Rundfunk, der für die Sprachqualität einiges tun könnte. Trotzdem steht es nicht gut um die deutsche Sprache. Was fehlt, ist nicht Geld, sondern Wertschätzung: Der Umgang der Führungsschicht mit der deutschen Sprache – ob bei der Rechtschreibreform, im Rundfunk oder ihrer Stellung als Wissenschafts- und internationale Sprache – erinnert an das Verhalten Berliner Schüler: „geringe Lernbereitschaft, Respektlosigkeit und Gewalt“.

Epilog

Wolfgang Bergsdorf hat 1983 zum Schluss seines Standardwerkes *Herrschaft und Sprache* konstatiert, dass die herrschende Meinung der Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt auf „Sicherheit“ setzte, nicht auf „Freiheit“ und der „totalitären Versuchung“ allzu schnell nachgab. Sein Fazit: „Was fehlt, sind offensichtlich Beispiele der Festigkeit“ (Seite 288) gilt *mutatis mutandis* auch für den öffentlichen Gebrauch und die Pflege der deutschen Sprache.